

TAGUNGSBERICHT: „PROTESTANTISCHE KIRCHEN IN
ZENTRAL- UND OSTEUROPA UNTER KOMMUNISTISCHER HERRSCHAFT“

Die Phase des Zusammenbruchs der kommunistischen Herrschaft“. Internationale Arbeitstagung, veranstaltet von der Universität Aarhus/Dänemark, der Internationalen Ordass-Stiftung, Oslo/Norwegen, der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte, München, und dem Ostkirchen-Institut der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster, in Schloß Loučeň/Tschechien vom 9. bis 12. Mai 2002.

Nach der ersten Tagung 1999 in Schloß Sandbjerg/Dänemark, einer weiteren 2001 in Gallneukirchen/Österreich, wurde auf diesem Treffen der Versuch unternommen, die Entwicklungen in der Endphase des Kommunismus in den ehemaligen Ländern des Ostblocks vergleichend zu beschreiben und zu analysieren.

Den einführenden Vortrag hielt Prof. Dr. Nicholas Hope (Glasgow/Großbritannien) über das Thema „*Confession–Opposition–Resistance. Considerations on various Patterns of Church Identity in Twentieth Century Europe*“. Er hob die Bedeutung des Jahres 1918 – das Ende des Ersten Weltkrieges – für die christlichen Kirchen Europas hervor. Seitdem könne man von „establishment“ oder Kontinuität der Kirchen eigentlich nicht mehr sprechen. Deren Rolle wurde seither zunehmend von parlamentarischen Mehrheitsdemokratien oder neuen Diktaturen bestimmt. In letzteren gab es für die Kirchen keinen Frei- oder Lebensraum mehr – deshalb die zeitgenössische Ansicht vom Primat der Politik in den Kirchen. Unter dem Druck totalitärer Systeme mußte sich die Kirche auf den nichtöffentlichen Bereich zurückziehen. „Opposition“ bedeutete eigentlich die Erhaltung der Integrität des Christentums und der Kirchen als Institutionen. Hope sprach in diesem Zusammenhang aber lieber von „spiritual retreat“ als von „opposition“ oder „resistance“. Am Ende plädierte er dafür, die Eigenständigkeit kirchlichen Lebens wahrzunehmen, das kirchliche Selbstverständnis zu respektieren und die Kirchen an ihren eigenen Maßstäben zu messen.

Im ersten Fallbeispiel beschrieb Dr. Gerd Stricker (Institut „Glaube in der 2. Welt“, Zürich/Schweiz) die Entwicklungen in der *Sowjetunion*. Er rekapitulierte kurz die unterschiedlichen Phasen nach der Oktoberrevolution; das Religionsgesetz von 1929 kam einem Fahrplan zur flächendeckenden Vernichtung der Kirchen gleich. In Folge davon erlosch die lutherische Kirche 1937 als Institution. Die orthodoxe Kirche, die 1914 über 5400 Gemeinden verfügt hatte, umfasste 1938 nur noch 500; die Zahl der Märtyrer ging in die Zehntausende. Die nächste Phase brachte die konzessionierte Kirche. 1943 kam es aus außenpolitischem Kalkül zur Zulassung der orthodoxen Kirche; gleichzeitig achtete der Rat für religiöse Angelegenheiten, der die Kirche kontrollierte, darauf, dass diese den ihr gesetzten Rahmen nicht überschritt. Das Jahr 1949 bildete den Höhepunkt der religiösen Freiheit, auch für die jüdische Gemeinde. Chruschtschows Ziel lag in der Vernichtung der Religion, die konzessionierte

Kirche bestand aber weiter. Zwischen 1960 und 1964 existierten 8000 orthodoxe Gemeinden. 1961 wurde die Bischofssynode einberufen, danach hatten die Priester aus den Sitzungen des Kirchenvorstandes auszuscheiden, die Kirche musste ihre Selbstauflösung beschließen. Die Breschnew-Ära bedeutete Stagnation und Verhärtung, sie war geprägt von Konzeptionslosigkeit; handlungsunfähig war aber auch das Moskauer Patriarchat unter Patriarch Pimen. Dennoch gab es über 200 lutherische Gemeinden, diese mussten aber auch staatlich registrierte Priester vorweisen. Zudem mussten die registrierten Kirchen einem Bund angehören (z. B. dem Moskauer Patriarchat oder der evangelisch-lutherischen Kirche Estlands etc.).

Über die Situation der Kirchen in der DDR zwischen 1988 und 1990 referierte Dr. Katharina Kunter (Berlin). Zur zeitgeschichtlichen Einordnung meinte sie, dass es Mitte der 90er Jahre zur Krise in der DDR-Gesellschaft gekommen sei; sie zitierte Bärbel Bohley, die gesagt hatte: „Wir wollten Gerechtigkeit, aber wir bekamen den Rechtsstaat“. In Polen und in Ungarn war die Entwicklung schon sehr viel weiter vorangeschritten, in der DDR aber herrschte eine depressive Stimmung. Die evangelische Kirche machte sich 1988/89 erstmals zum öffentlichen Sprachrohr breiter Defiziterfahrungen. Unter dem Stichwort „10.000 Defiziterfahrungen an der christlichen Basis“ erging eine Einladung an basisorientierte Menschen in der DDR, über ihre Erwartungen Auskunft zu geben. Die Aktion lief unter dem Titel „Eine Hoffnung lernt gehen“. Die Zuschriften sollten folgenden Punkten zugeordnet werden:

- Plädoyer für eine Demokratisierung der DDR
- Verlangen nach Grund- und Freiheitsrechten
- Fehlende Legitimierung der DDR als Rechtsstaat
- Verwehrung von Lebensfreude und Lebensqualität
- Individuelle Diktaturerfahrungen und Ideologiekritik
- Hoffnungen auf Worte und Taten der Kirche
- Kritik am Wahlsystem

Die Zuschriften enthielten wenig an theologischer Substanz und keine theologischen Konzepte; erwartet wurde vor allem, dass die Kirche den Menschen beistehe.

Mit dem Text: „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ im Rahmen der ökumenischen Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung nahmen die Kirchen erstmals eine öffentliche Stellvertreterfunktion für das Anliegen breiter Bevölkerungsschichten ein (Januar 1989). Zwei Hauptfragen beinhalteten die theologischen Konzepte der Elite: „Wann und wie trifft das Reich Gottes in der DDR ein – welche Konsequenzen hat dies für die weiteren Bemühungen?“ Die Möglichkeit, das Reich Gottes als realgeschichtliche oder konkrete Utopie anzusehen, dass Herrschaft und Staat letztlich auch in der Gegenwart überwunden werden könnten und der Sozialismus Modell bleibe, fand 1989/90 Zustimmung unter den Anhängern von „Demokratie jetzt“ oder „Neuem Forum“. Die zweite mögliche Antwort, das Reich Gottes als regulative Idee zu begreifen, Macht und Herrschaft nicht grundsätz-

lich negativ zu bewerten, fand vor allem in der SDP Anhänger, später in der SPD.

Nach Auffassung von Kunter war die Kirche während der Wendezeit 1989/90 in der DDR engagiert; mit der Moderation der Runden Tische wollte sie diese auch gestalten. Unterschiedliche theologische und politische Ansätze prägten bereits die internen Diskussionen in den ökumenischen Versammlungen. Diese Gruppen lasteten ihr späteres Scheitern dann der Wiedervereinigung an.

Mit den Entwicklungen in der *Tschechoslowakei* beschäftigte sich Prof. Dr. Jakub Trojan (Prag/Tschechische Republik). Trojan betonte, dass die CSSR das einzige Land innerhalb des Ostblocks gewesen sei, in dem der Sozialismus nicht gefürchtet war; dort hatten die Kommunisten die ersten freien Wahlen nach dem Krieg gewonnen.

Nach der Machtergreifung der Kommunisten 1948 wurde die katholische Kirche als potentielle politische Macht isoliert; in den 50er und 60er Jahren hatten alle Religionsgemeinschaften unter antiklerikaler Propaganda zu leiden. Im Jahre 1949 wurde ein wichtiges Gesetz im Parlament verabschiedet, das in gewisser Weise – so Trojan – noch heute wirksam ist: Pfarrer durften nicht in anderen Gemeinden predigen und ihr Gehalt nur vom Staat erhalten, der kirchliche Besitz wurde enteignet. Ende der 50er Jahre kam es zu einer „Kulturrevolution“; die Kommunisten trennten das kirchliche Leben vom öffentlichen Leben ab und reduzierten es auf eine private Angelegenheit.

Unter der Präsidentschaft von Antonín Novotný (seit 1957), als die CSSR ein Volksstaat und keine Diktatur der Werktätigen mehr war, setzte der christlich-marxistische Dialog ein. Die Ereignisse des Prager Frühlings sind als Ausbruch demokratischer Wünsche zu verstehen, sein Kennzeichen war die Menschlichwerdung des Sozialismus in der Gesellschaft. Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die CSSR glaubten einige Kirchenführer, das Überleben sei möglich, andere vertraten die Ansicht, dass ein Sozialismus, der zur Macht greifen müsse, sich desavouiert habe und nicht reformierbar sei.

Unter den Erstunterzeichnern der Charta 77 befanden sich nur wenige Pfarrer, die Kirchenführer waren unentschlossen; viele versuchten, Kirche und kommunistische Partei zu verbinden. Acht Pfarrer schlossen sich der Charta 77-Bewegung an, wollten aber keine Kluft zu den Pfarrern, die nicht unterzeichneten, entstehen lassen. Trojan wies darauf hin, dass der Ökumenische Rat der Kirchen die Charta 77 nicht unterstützt habe, aber damals sei „das nicht so wichtig“ gewesen.

Die Öffnung des Vatikans gegenüber den Ostblock-Ländern unter Papst Johannes XXIII. erläuterte Dr. Csaba Szabo (Szigetszentmiklos/Ungarn) anhand des Beispiels von *Ungarn*. Seit 1961 versuchte die ungarische Regierung heimlich mit dem Vatikan in Kontakt zu kommen; dies geschah auch deshalb, weil die Kadar-Regierung ihre Macht zwar innenpolitisch konsolidieren konnte, außenpolitisch aber weiterhin isoliert blieb. Papst Johannes Paul II. setzte die kirchenpolitische Linie seines 1963 gestorbenen Vorgängers nicht konsequent fort, dennoch wurden die Verhandlungen zwischen Vatikan und ungarischer

Regierung weitergeführt. Letztlich kam es zwar nicht zu einem Konkordat, aber doch zu einer „praktischen Verständigung“ (Casaroli); dieses Agreement aber brachte nicht in erster Linie der Kirche in Ungarn Vorteile, sondern führte vielmehr zu mehr staatlicher Einflussnahme. Zum einen wurde die ungarische katholische Kirche in Folge davon vom Staatlichen Kirchenamt immer abhängiger, zum anderen hatte der Heilige Stuhl damit de facto einen sozialistischen Staat anerkannt. Das „Teilabkommen“ von 1964 diente allerdings als Sprungbrett für spätere Verhandlungen, die allmählich auch zu Verbesserungen für die Kirchen führten.

Einen vergleichenden Überblick während der „Phase des Zusammenbruchs der kommunistischen Herrschaft“ in den baltischen Ländern bot Dr. Riho Altnurme (Tartu/Estland). Er warf zu Beginn einen Blick auf die konfessionellen Unterschiede in den drei Ländern. Während die Lutheraner in Estland mit fast 80 Prozent die Mehrheit bilden, in Lettland mit 57 Prozent eine mittlere Position belegen, machen sie in Litauen nur sieben Prozent aus, umgekehrt verfügen die Katholiken dort mit 81 Prozent über die Mehrheit, während sie in Estland unter einem Prozent liegen.

In *Estland* kam es 1980 mit der 10. Konferenz der europäischen Kirchen des Lutherischen Weltbundes in Tallin zu einer Milderung der Zwangsmaßnahmen der sowjetischen Machtorgane gegenüber der Kirche. Ab 1982 wurde die regelmäßige Herausgabe eines Kirchenjahrbuches genehmigt, aber in den 80ern wurden auch noch Geistliche verhaftet oder ihres Amtes enthoben; insgesamt blieb die Rolle der Geistlichkeit bei der Widerstandsbewegung schwach. Der Beginn der Perestroika bedeutete nicht gleich eine Veränderung im Verhältnis zwischen Staat und Kirche, größere Änderungen erfolgten erst zwischen 1988 und 1991 mit der politischen Wende; die Glaubensfreiheit aber wurde bereits vor der 1991 de jure vollzogenen Selbstständigkeit anerkannt. Im Jahre 1990 wurde die Institution des „Bevollmächtigten des Sowjets für Religiöse Angelegenheiten“ abgeschafft, 1993 dafür die Abteilung für Religiöse Angelegenheiten im Innenministerium eingerichtet. Bereits 1989 war der Estnische Kirchenrat, in dem die Lutherische Kirche eine führende Rolle spielte, gegründet worden. Der mit der staatlichen Unabhängigkeit beginnende Aufschwung des kirchlichen Lebens kam aber bereits ab 1992 schon wieder zum Abklingen. 1993 wurde im Parlament das relativ liberale Gesetz über Kirchen und Glaubensvereinigungen verabschiedet, das sich hauptsächlich auf die Rechte der Bürger und der Kirchenorganisationen konzentrierte. Nach der Wiedererlangung der staatlichen Selbstständigkeit hatte sich die estnische Kirche mit vielen Problemen auseinanderzusetzen, die bis heute anhalten; sie werden durch die Unterstützung der Partnerkirchen, vor allem der nordelbischen Kirche und der Kirchen der skandinavischen Länder gemildert.

In *Lettland* verlief die Übergangsperiode in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche stürmischer als in Estland. Hier spielten jüngere Geistliche, die die Kirche reformieren wollten, eine wichtige Rolle. 1987 gründeten Geistliche der lutherischen Kirche Lettlands und Lehrkräfte des Theologischen Seminars eine Gruppe namens „Wiedergeburt und Erneuerung“, als deren Hauptziel die Un-

abhängigkeit der Kirche vom Staat sowie innerkirchliche Reformen deklariert wurden. Nachdem die meisten Mitglieder der Bewegung unter dem neugewählten Erzbischof Karilis Gailitis Mitglieder des Konsistoriums wurden, löste sich die Bewegung von selbst auf. Dies bedeutete für die lettische Kirche die Unabhängigkeit vom Sowjetstaat, der im „Untergang begriffen war“. Gailitis' Nachfolger Erzbischof Janis Vanags weigerte sich, Frauen zu ordinieren. Dies führte zu Schwierigkeiten mit den Partnerkirchen, gleichzeitig nahm der Einfluss der Synode von Missouri zu. Damit verfolgte die lettische Kirche eine bedeutend konservativere Richtung im Vergleich zur estnischen, was auf den stärkeren Einfluss der römisch-katholischen Kirche in Lettland zurückzuführen ist.

In *Litauen* bilden die Evangelischen eine Minorität, die in die etwas größere lutherische Kirche und in eine reformierte Kirche zerfällt. Im Vergleich zu den anderen baltischen Ländern hat der Wechsel der Kirchenleitung für die lutherische Kirche in Litauen keine analogen Probleme nach sich gezogen. Bischof Jonas Kalvanas, seit 1970 im Amt, war in den Beziehungen zu den Behörden kompromissbereit; in den 90er Jahren erfuhr die Kirche eine größere Aufmerksamkeit in der Gesellschaft. Die lutherische Kirche Litauens strebt den Status einer Nationalkirche an, damit versucht man bewusst der katholischen Kirche Konkurrenz zu machen.

Die Reformierte Kirche setzte sich in der Sowjetzeit aus nur fünf Gemeinden in Nordlitauen zusammen. Nachdem 1983 der letzte Geistliche gestorben war, blieben die Gemeinden ohne geistliche Versorgung. In den Jahren von 1983 bis 1992 diente in den Gemeinden der lutherische Pfarrer Reinoldas Moras. Nachdem Moras 1993 wieder zur lutherischen Kirche zurückgekehrt war, praktizierte die reformierte Kirche ihr gewohntes presbyteriales System. Die Zahl der reformierten Gemeinden nahm zu, die Geistlichen wurden nun zusammen mit den Lutheranern ausgebildet.

In seinem Fazit schloß sich Altnurme der These von Robert F. Goeckel an, wonach die protestantischen Kirchen im Prozess der politischen Befreiung der baltischen Länder in den 80er Jahren keineswegs als Antriebskräfte anzusehen seien, sie zögen vielmehr Nutzen daraus, sowohl innerkirchlich als auch hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Stellung. Zugleich führten diese an sich positiven Veränderungen aber auch zu negativen Begleiterscheinungen, nämlich zunehmenden innerkirchlichen Spaltungen.

Über die Verhältnisse in *Polen* referierte Dr. Olgierd Kiec (Poznań/Polen). Nach seiner Auffassung begann die Übergangsphase dort bereits in den 70er Jahren. Der wachsende Einfluss der katholischen Kirche war auch durch die liberale Politik der Staatsregierung bedingt. 1979/80 kam es zur Übernahme evangelischer Kirchen in Masuren durch die Katholiken. 1980 bis 1981 verstärkte sich der Einfluss der katholischen Kirche, dazu trug auch das Aufkommen der oppositionellen Gewerkschaft Solidarność bei. Die polnischen Protestanten gerieten „zwischen zwei sich gegenseitig bekämpfende Mächte – die kommunistische Staatsmacht und den triumphierenden Katholizismus“. In dieser Konstellation wurde als Garant für die Existenz der Minderheitenkirchen

die kommunistische Staatsregierung mit ihrem Prinzip der Gleichberechtigung der Konfessionen angesehen. Aus protestantischer Sicht sollte deshalb der Sozialismus nicht liquidiert, sondern reformiert werden. Anlässlich des 40. Todestages von Bischof Julius Bursche stellte sich Bischof Janusz Narzynski in dessen Nachfolge und benannte als seine Zielvorgabe die Zusammenarbeit mit dem Staat. Diese von ihm zwischen 1975 und 1990 praktizierte Politik, fasste Kiec in vier Punkten zusammen:

1. die Betonung des multikonfessionellen Charakters Polens und die Ablehnung der Gleichsetzung polnisch=katholisch.
2. die Legitimierung der Anwesenheit des Luthertums in Polen durch Berufung auf die Geschichte dieses Bekenntnisses und dessen Beitrag für die polnische Kultur.
3. die Propagierung der evangelisch-christlichen Werte als Vorbild für die ganze Gesellschaft Polens.
4. der Dialog mit anderen Kirchen in Polen und im Ausland.

Die Politik Narzynskis geriet unter zunehmende Kritik von Seiten der Geistlichen und Laien. Im Gegensatz dazu hatten die Reformierten in Polen bereits in den 70er und 80er Jahren eine Haltung eingenommen, die die Lutheraner erst in den 90er Jahren übernahmen. Die Monate nach dem Fall des Kommunismus 1989/90 verstärkten die Befürchtungen, insbesondere gegenüber dem wachsenden Einfluss der katholischen Kirche, von denen sich die Protestanten trotz formeller Gleichberechtigung nicht befreien konnten. Dieses Gefühl aber war nicht nur für die Lutheraner, sondern auch für die Reformierten typisch, wenngleich beide Kirchen unterschiedlich reagierten. Das Verhältnis der evangelischen Kirchen zum kommunistischen Staat in Polen müsse – so Kiec – immer im Kontext der protestantisch-katholischen Beziehungen gesehen werden. Diese blieben mindestens bis in die Mitte der 90er Jahre gespannt. Mit dem Gesetz von 1994 über das Verhältnis der Evangelisch-Augsburgischen und der Evangelisch-Reformierten Kirche zum Staat minderte sich für die Protestanten das Gefühl der Benachteiligung. Bahnbrechend war die Erklärung, dass die Evangelisch-Augsburgische Kirche die Rechte der nationalen Minderheiten in Polen anerkennt, darunter auch die der deutschen Minderheit. In vielen Regionen Polens aber blieb die Idee des multi- oder interkulturellen Charakters des Luthertums keine „gerne exponierte Sache“.

Die Rolle des *Ökumenischen Rates der Kirchen* in der Spätphase der kommunistischen Herrschaft analysierte Dr. Armin Boyens (Wachtberg). Anhand einiger Beispiele zeigte er, dass nach seiner Auffassung der Ökumenische Rat in der Beurteilung der Verhältnisse des kommunistischen Ostblocks versagt habe. Bereits 1986 habe es in der Sowjetunion Anzeichen für einen Systemwechsel gegeben. Die Kirchengemeinden erhielten einen Rechtsstatus, der es ihnen erlaubte, bewegliches Eigentum zu besitzen. Präsident Michail Gorbatschow traf sich mit der russischen orthodoxen Kirche, an der Spitze Patriarch Pimen; er wollte die Kirchen zur Unterstützung der Moral des Volkes gewinnen. Die seit 1980 vorbereitete Milleniumsfeier (1988) in Russland war erstmals ein großes kirchliches Ereignis, das von staatlicher Seite aufgegriffen wurde, erst jetzt

bekundete der Zentralausschuss des Ökumenischen Rates Freude und Solidarität, während er sich zuvor zu gewissen Besserungen nicht geäußert hatte.

Im Falle Rumäniens konnte sich der Ökumenische Rat nicht zu einer Verurteilung – wegen Verletzung der Menschenrechte – entschließen, weil Metropolitan Antoni mit dem Austritt drohte. Generalsekretär Emilio Castro stellte sich im Juli 1989 auf die Seite der rumänischen orthodoxen Kirche. In den Vorbereitungsdokumenten für die Weltkonvokation für die Bewahrung der Schöpfung, Frieden und Gerechtigkeit in Seoul (1990) finden sich keine Hinweise auf die umfassenden Umwälzungen, denn diese Umwälzungen passten – so die Ansicht von Boyens – nicht in das Weltbild des Ökumenischen Rates. Bei einer späteren Beschäftigung mit Rumänien und nach einer Bußerklärung der rumänischen Kirche im Januar 1990 kam es dann zu einer selbstkritischen Aussage des Zentralausschusses. Auf der 7. Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Canberra im Februar 1991 fehlte im Bericht Castros das Thema der vergessenen Märtyrer nach dem Zusammenbruch des Sozialismus. An dieser Stelle verwies Boyens auf die von der katholischen Kirche bereits vorgelegten Martyrologien sowie auf das von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Kirchliche Zeitgeschichte derzeit verfolgte Projekt, ein evangelisches Märtyrerverzeichnis zu erarbeiten.

In diesem Zusammenhang stellte Dr. Tamara Tatsenko (St. Petersburg) das vor kurzem erschienene St. Petersburger Martyrologium vor, das 3062 Personen umfasst, darunter 293 Lutheraner.

Über „*Die gesellschaftliche Rolle der Kirchen in Zentral- und Osteuropa im späten Kommunismus*“ berichtete Dr. Karsten Fledelius (Kopenhagen/Dänemark). Für die Sowjetunion konstatierte Fledelius in den 30er Jahren Ausrottungstendenzen gegenüber den Kirchen. Dagegen glaubte Ministerpräsident Nikita Chruschtschow an den Sieg des Kommunismus mit friedlichen Mitteln und daran, dass die Religion aussterben würde. Michail Gorbatschow schließlich sah in der Kirche einen moralischen Faktor für das Volk.

Rumänien hatte sich teilweise von dem Machtanspruch der UdSSR freigemacht und verfolgte eine unabhängige Linie, Ceausescu aber blieb ein Diktator. Die Rolle der rumänischen orthodoxen Kirche bestand darin, sich als Teil der nationalen Identität zu empfinden. Ebenso wurde die bulgarische Kirche von Staatschef Todor Schiwkow als Teil der nationalen Identität Bulgariens anerkannt, während andere Kirchen verfolgt wurden. In Jugoslawien gehörte zu jeder Ethnie eine Religion; der Staat nahm den verschiedenen Religionsgemeinschaften gegenüber eine unterschiedliche Haltung ein. Präsident Slobodan Milosevic war ein kommunistischer Technokrat, der Partei für die Serben ergriff. Die serbisch-orthodoxe Kirche hat mit Milosevic gegen die Muslime zusammengearbeitet. In Albanien bilden die Orthodoxen die größte christliche Gruppe; das Regime unter Enver Hodscha war atheistisch, heute wird dort eine tolerante Politik gegenüber den Kirchen praktiziert.

In den Diskussionen wurden vor allem über die Bedeutung des Erbes der Bekennenden Kirche und Barmens für Osteuropa in der Zeit nach 1945 unterschiedliche Meinungen formuliert. Für Prof. Dr. Josef Smolik (Prag) rührte der

Gedanke des Widerstehens gerade von Barmen her, dagegen meinte Erzbischof Georg Kretschmar (St. Petersburg) dieses Erbe konnte unter den Bedingungen des Kommunismus nicht wirksam werden. Ebenso unterschiedliche Positionen wurden vertreten über Stalins Haltung und seine Zuwendung zur Kirche 1938 bzw. 1942 sowie zur Funktion der Prager Friedenskonferenz. Trojan verteidigte Josef Hromadka mit dem Hinweis, dieser habe die Friedenskonferenz aus christlichen Motiven gegründet, um dem Kalten Krieg entgegenzusteuern; der Staat und die Geheimpolizei aber hätten dies ausgenutzt. Prof. Dr. Peter Maser (Münster) äußerte daran Zweifel und meinte, ob es sich nicht um eine Zwangsgründung gehandelt habe; auch Boyens ging davon aus, dass der Staat „das Drehbuch geliefert“ habe, außerdem hätten die Ostblockstaaten die Friedenskonferenz finanziert. Kretschmar hielt Hromadka zugute, das Ausmaß seiner Manipulation unterschätzt zu haben.

Prof. Dr. Jens Holger Schjørring (Aarhus) wies darauf hin, wie wichtig der internationale und komparative Ansatz für die dieser Reihe gestellte Fragestellung sei. Maser vertrat die Auffassung, bei den verschiedenen Kirchentümern sei keine einheitliche und zentral gesteuerte Kirchenpolitik möglich gewesen. Daneben spielten auch die je unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen, aber auch – wie im Baltikum – unterschiedliche Nationalcharaktere, unterschiedliche Traditionen und Mentalitäten eine große Rolle.

Es ist geplant, die Beiträge dieser Tagung zu veröffentlichen.

Die Beiträge der Tagung in Gallneukirchen sind zwischenzeitlich unter dem Titel „Zwischen den Mühlsteinen“. Hg. von Peter Maser und Jens Holger Schjørring 2002 im Martin-Luther-Verlag Erlangen erschienen.

Gertraud Grünzinger M. A.